



BUNDESGESELLSCHAFT
FÜR ENDLAGERUNG

STANDORTAUSWAHL

Endlagersuche für hochradioaktive Abfälle



Inhalt

- 4-5** Der Abfall
- 6-7** Die Geschichte
- 8-9** Neue Regeln
- 10-11** Wonach wird gesucht
- 12-13** Wie wird gesucht
- 14-15** Verständnis schaffen

Bundes-Gesellschaft für Endlagerung mbH (BGE)

Eschenstraße 55
31224 Peine
Telefon: 05171 43-0
Fax: 05171 43-1218
E-Mail: dialog@bge.de

Stand: Oktober 2020
Gestaltung: Creativ Medien GmbH & Co. KG
Druck: Oeding GmbH, Braunschweig
Titelbild: picture-alliance / dpa / dpaweb / Ulrich Perrey

Geschäftsführung:
Stefan Studt (Vors.)
Beate Kallenbach-Herbert
Steffen Kanitz
Dr. Thomas Lautsch

Vorsitzender des Aufsichtsrats:
Staatssekretär Jochen Flasbarth

Handelsregister: AG Hildesheim (HRB 204918)



XQ4

www.blauer-engel.de/uz195

Dieses Druckerzeugnis wurde mit
dem Blauen Engel ausgezeichnet.

 **Klimaneutral**
Druckprodukt
ClimatePartner.com/11339-2008-1013



Der Abfall



Seitdem Deutschland Kernenergie nutzt, fallen große Mengen an radioaktiven Abfällen an. Grundsätzlich wird zwischen hochradioaktivem sowie schwach- und mittelradioaktivem Abfall unterschieden. Ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal ist die Wärmeentwicklung des Atommülls.

Wärmeentwickelnde Abfälle entstehen hauptsächlich durch die Nutzung von Atomkraftwerken.

Etwa fünf Prozent des Abfalls ist wärmeentwickelnd. Er enthält 99 Prozent der Radioaktivität aller Abfälle.

Abgebrannte Brennelemente aus Kernkraftwerken machen etwa 10.000 Tonnen Abfall aus.

Hinzu kommen rund 8000 sogenannte Kokillen, das sind verglaste Abfälle aus der Wiederaufarbeitung.

Derzeit lagern die hochradioaktiven Abfälle in zentralen Zwischenlagern und an den Kernkraftwerken.

Mehr Informationen:

www.bge.de/abfaelle

Die Geschichte



Im Jahr 1977 wird die Entscheidung getroffen: Gorleben soll nukleares Entsorgungszentrum werden. Dazu gehört ein Endlager für radioaktive Abfälle und eine Wiederaufbereitungsanlage für Brennelemente.

Tatsächlich geplant wird nur das Endlager. In den frühen 1980er sowie den 1990er Jahren werden Zwischenlager errichtet.

Die Menschen im Wendland sind empört. Sie verstehen die Entscheidung nicht und wollen diese nicht akzeptieren. Die Folge: jahrzehntelange massive Proteste.

Gorleben wird zu einem Symbol für die gescheiterte Endlagerpolitik in der Bundesrepublik Deutschland.

Im Jahr 2013 beschließt der Deutsche Bundestag mit breiter Mehrheit das Standortauswahlgesetz. Die Erkundung von Gorleben wird beendet und die Endlagersuche neu geregelt.

Mehr Informationen:

www.einblicke.de/niedersachsen-gorleben

Das Standortauswahlverfahren soll so ablaufen:
partizipativ, wissenschaftsbasiert, transparent,
selbsthinterfragend und lernend.

2017 überarbeitet der Bundestag dazu
das Standortauswahlgesetz.

Es schreibt nun Kriterien vor, nach denen ein Endlager
für hochradioaktiven Müll ausgewählt werden soll.
Es nennt auch Gründe, warum Standorte
von der Suche ausgeschlossen werden.

Die Suche erfolgt nun in mehreren Phasen.
In jeder werden die Kriterien neu angewendet.
Der Bundesgesetzgeber entscheidet jeweils,
welche Regionen die BGE weiter erkunden soll.

Das Gesetz markiert den Neuanfang für die Suche
nach einem Endlager für hochradioaktiven Müll.
Die Suche beginnt auf einer weißen Landkarte.

Mehr Informationen:

www.bge.de/endlagersuche

A satellite image of Earth showing a large area of green and yellow vegetation, likely a forest or agricultural region, with white clouds scattered throughout. The text "Wonach wird gesucht" is overlaid in white at the top left.

Wonach wird gesucht

Welche Region als Endlagerstandort in Frage kommt, wird durch wissenschaftliche Kriterien bestimmt. Keine Region ist von vornherein ausgeschlossen – es gilt das Prinzip der weißen Landkarte.

Das Gestein an dem Standort darf nicht geschädigt sein. Gebiete mit geologischen Störungen, Hebungen oder einer Erdbebengefahr kommen nicht in Frage. Auch da, wo Bergbau das Gestein geschädigt hat, soll kein Endlager für radioaktiven Abfall entstehen.

Salzgestein, Tongestein und kristallines Wirtsgestein nennt das Gesetz als für die Endlagerung geeignet. Die Gesteinsschicht muss mindestens 100 Meter dick sein und möglichst dicht. Zwischen Erdoberfläche und eingelagertem Atommüll müssen zudem mindestens 300 Meter liegen.

Erfüllen mehrere Standorte die Kriterien, muss die BGE den am besten geeigneten identifizieren.

Wie wird
gesucht



Das Endlager soll tief in der Erde entstehen.

Verantwortlich für die Standortsuche ist die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE).

Sie wertet zunächst vorhandene Daten über Deutschlands Untergrund aus.

Anhand festgelegter Kriterien werden in Frage kommende Gebiete eingegrenzt.

Im Zwischenbericht Teilgebiete informiert die BGE, welche Gebiete weiter betrachtet werden sollen.

Aus diesen werden Standortregionen ausgewählt.

Die Regionen werden zunächst oberirdisch erkundet, geeignete Standorte anschließend auch unterirdisch. Erst wenn alle geeigneten Standorte untersucht sind, schlägt die BGE einen Endlagerstandort vor.

Am Ende entscheidet der Bundesgesetzgeber, an welchem Standort der hochradioaktive Atommüll schließlich endgelagert werden soll.

Verständnis schaffen



Das Standortauswahlgesetz sieht vor:

An allen Entscheidungen in der Standortsuche ist die Öffentlichkeit umfassend zu beteiligen.

Die Bürgerbeteiligung organisiert das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE). Bürger*innen können Stellungnahmen abgeben. Sie können sich wissenschaftlich beraten lassen. Und sie können Nachprüfungen verlangen. So soll erreicht werden, dass die Standortgemeinde das Ergebnis am Ende tolerieren kann.

Damit alle Entscheidungen nachvollziehbar sind, veröffentlichen BGE und BASE relevante Dokumente.

Das Nationale Begleitgremium (NBG) unterstützt die Standortsuche vermittelnd und unabhängig. Es soll Transparenz herstellen und Vertrauen schaffen.

Mehr Informationen

www.bge.de/standortauswahl

www.base.bund.de

www.nationales-begleitgremium.de

